

An das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
legistik-wissenschaft@bmbwf.gv.at
und das Präsidium des Nationalrates
<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>

Wien, 15. Februar 2024

Stellungnahme der Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitätsgesetz 2002 – UG, das Hochschulgesetz 2005 – HG, das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz – HS-QSG, das Fachhochschulgesetz – FHG und das Privathochschulgesetz – PrivHG geändert werden (Gz 2023-0.783.647)

Demokratie muss von Generation zu Generation neu erlernt und erlebt werden. Dafür braucht es – aktuell mehr denn je – **Politische Bildung**. Sie befähigt Kinder und Jugendliche, sich in einer stetig verändernden, krisenanfälligen Gesellschaft zurecht zu finden, schult den konstruktiven Umgang mit Konflikten, gesellschaftlicher Diversität und dem Pluralismus an Interessen und Wertvorstellungen und trägt zu Erhalt und Weiterentwicklung von Demokratie aktiv bei. Damit dient Politische Bildung der Prävention von Extremismen, von Antisemitismus und Rassismus sowie anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Da es eine der vordringlichen Aufgaben von Schule ist, durch Bildung die Bestandsvoraussetzungen der Demokratie zu sichern, ist sie der zentrale Ort, an dem junge Menschen politisches Denken und Handeln erlernen und eine kritische Demokratieloyalität entwickeln können.

Wie laufende Ressortschwerpunkte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung zeigen (z.B. Maßnahmen gegen Demokratie- und Wissenschaftsskepsis, Antisemitismusprävention), werden aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen grundsätzlich anerkannt. Die geplante Gesetzesreform – mit dem Ziel einer Verkürzung der Lehramtsausbildung – steht allerdings dem Ziel einer Förderung von Politischer Bildung als wesentlichem Teil der Allgemeinbildung für alle Bürger:innen einer Demokratie eindeutig entgegen. So sieht die Gesetzesreform eine **überproportionale Schwächung der fachdidaktischen Ausbildung von Lehrkräften** vor. Im Falle des Unterrichtsfachs „Geschichte und Politische Bildung“ wären davon die geschichts- und politikdidaktischen Studienanteile betroffen, was die bestehende **Marginalisierung von Politischer Bildung** noch weiter fortschreiben würde. **Dies lehnen wir als Fachgesellschaft dezidiert ab.**

Damit Politische Bildung und Demokratiebildung – laut Grundsatzpapier Politische Bildung (1978/2015) eine Aufgabe für alle Lehrkräfte – tatsächlich in der Schule stattfinden und auf eine professionelle Art und Weise umgesetzt werden, müssen sie professionsorientiert in der Lehramtsausbildung verankert sein. Darüber hinaus muss die Ausbildung für Fachlehrkräfte des Faches „Geschichte und Politische Bildung“ den wissenschaftlichen Standards der Geschichts- und Politikdidaktik entsprechen.

Als nationale Fachgesellschaft für Politische Bildung fordert die Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) im Zuge der geplanten Gesetzesänderung daher eine Berücksichtigung folgender Punkte:

- Damit Lehrkräfte die ihnen zugewiesene Aufgabe einer professionellen Umsetzung von Politischer Bildung nach den Grundlagen der wissenschaftlichen Politikdidaktik erfüllen können, muss in sämtlichen Lehramtsstudiengängen zumindest **eine Lehrveranstaltung zur Politischen Bildung und Demokratiebildung** angeboten werden (analog zu Sprachlicher Bildung und Inklusion). Dies stellt eine Voraussetzung für das Funktionieren von Politischer Bildung als fächerübergreifendes Prinzip dar.
- Für Studierende des Lehramtsstudiums „Geschichte und Politische Bildung“ muss Politische Bildung entsprechend internationaler Standards verankert werden. Das bedeutet, dass eine ausreichende fachdidaktische Ausbildung in den Bereichen Geschichts- und Politikdidaktik unbedingt erforderlich ist. Es benötigt eine **Absicherung der fachdidaktischen Anteile für das Lehramt mit mindestens 20%**, wie dies auch im alten Gesetz vorgesehen war.
- Des Weiteren ist eine **Berücksichtigung der Fachdidaktik in den pädagogisch-praktischen Studien im Ausmaß von mindestens 20%** erforderlich, damit Fachlehrkräfte lernen, wie Fachinhalte in die schulische Praxis übersetzt werden können.
- Insgesamt erscheint es für eine professionelle Ausübung des Lehrberufs zudem notwendig, dass alle Lehrer:innen tatsächlich eine **Ausbildung auf Masterniveau** erhalten, was auch dem internationalen Standard der Qualifikation für diesen Beruf entspricht.
- Schließlich ist es notwendig, dass entsprechende Anteile in den Lehramtsstudiengängen von **qualifizierten Politikdidaktiker:innen** unterrichtet werden – als eigenständige wissenschaftliche Disziplin und Fachdidaktik braucht es eine entsprechende Professionalisierung.

- Entgegen einer weiteren Marginalisierung von Politischer Bildung gilt es, diese innerhalb der bestehenden Strukturen zu stärken. Mittelfristig erscheint es vor dem Hintergrund der geschilderten gesellschaftlichen Herausforderungen jedoch unumgänglich, **Politische Bildung als eigenen Fachgegenstand ab der Sekundarstufe und als eigenständiges Studienfach in der Lehramtsausbildung** zu etablieren.

Damit Schüler:innen künftig tatsächlich im Rahmen von Politischer Bildung die Fähigkeiten zu vernunftbasiertem politischem Denken und Handeln erlernen und sie zu einer demokratischen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens befähigt werden, muss Politischer Bildung in der Lehramtsausbildung ein entsprechender Stellenwert eingeräumt werden. Nur eine obligatorische Politische Bildung für alle Lehrkräfte wird den demokratiepolitischen Anforderungen der Zukunft gerecht.

Der Vorstand der IGPB

HS-Prof. Mag. Dr. Philipp Mittnik, Wien (Obmann)

Dr.ⁱⁿ Daniela Ingruber, Wien (stellvertretende Obfrau)

Mag. Boris Ginner, Wien

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Patricia Hladschik, Wien

Prof. MMag. Robert Hummer, Salzburg

Dr.ⁱⁿ Lara Kierot, BA MA, Wien

Sonja Luksik, MA, Wien

Univ.-Prof. Mag. Dr. Georg Marschnig, Wien

HS-Prof. Mag. Thomas Stornig, PhD., Innsbruck